

Wolffsohn, Michael:
Zivilcourage. Wie der Staat
seine Bürger im Stich lässt.
 München: dtv 2016,
 94 Seiten, € 7,90.



Zivilcourage, dies wird von der Politik heute oft von der Bevölkerung gefordert, wenn es um die Bekämpfung von Rechts- und Linksextremismus, von Rassismus und Antisemitismus sowie anderer Formen von Kriminalität geht. Politiker ermahnen die Bürger zur Aufmerksamkeit. Für Michael Wolffsohn ist das ein beunruhigendes Signal.

Im Jahr 2000 rief Bundeskanzler Gerhard Schröder nach einem Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf zu einem „Aufstand der Anständigen“ auf. Nicht nur, dass der damalige Gewaltakt nicht – wie allgemein vermutet – von Rechts-extremisten, sondern von Islamisten verübt wurde, mache, so Michael Wolffsohn, den Aufruf zu einem Fehlgriff. Der Staat zeige mit einem solchen Appell, so der Autor, dass er nicht mehr in der Lage sei, den Bürgern das zu garantieren, was er eigentlich gewährleisten muss: Sicherheit.

Michael Wolffsohn, über 30 Jahre Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München-Neubiberg, ist einem breiten Publikum und einer großen Leserschaft aus Funk und Fernsehen und aus vielen Büchern bekannt. Er ist nicht nur Nahost-Experte, er hat die deutsch-israelischen

Beziehungen und ihre Entwicklung beobachtet und erforscht, hat sich mit deutscher Nachkriegsgeschichte sowie der Aufarbeitung der Vergangenheit beschäftigt. Zudem geht er auf aktuelle Themen in Deutschland / Europa ein. Dies tut er auch mit diesem Buch über die „Zivilcourage“ und dem heute von ihm so wahrgenommenen Missbrauch des Wortes durch die Politik.

Wenn sich die Bürger selber helfen müssen, um für ihre eigene Sicherheit zu sorgen, dann verliere der Staat sein Gewaltmonopol. In der Demokratie aber gehört es zu deren Grundlage, dass die Bürger das Recht zum Selbstschutz an den Staat abtreten, damit dieser sie schütze. Doch der Staat zieht sich immer mehr, so Michael Wolffsohn, aus dieser historisch mit der Entwicklung des Verfassungsstaates verbundenen Verantwortung zurück. Was am Ende drohe sind letztlich „Bürgerwehren“ und schließlich der Rückfall in einen Zustand wie den des Mittelalters, als jeder sein Leben selbst schützte.

Der Aufruf der Politiker zu mehr Zivilcourage zeige, dass die Politik heute nicht mehr weiter weiß. Auch nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris war das so. Bürger und Politiker, darunter auch Staatsmänner aus dem Ausland, versammelten sich zu einer Großkundgebung, um Flagge zu zeigen gegen den Terror. „Sympathisch“ zwar, doch als Fazit, so Wolffsohn, bleibt: Der Terror geht weiter.

Zivilcourage könne zudem für den einzelnen Bürger „lebensgefährlich“ werden. Der Autor geht neben anderen auf den Fall Dominik Brunner ein. Michael Wolffsohn bewundert Brunner sehr wohl. Seine Argumentation aber ist: Weil der Helfer „den Geist“ des Aufrufs „zum Aufstand der Anständigen“ so

„verstanden, verinnerlicht und umgesetzt“ habe, habe er letztlich, obwohl er helfen wollte, „staatliches Gewaltmonopol“ an sich gezogen.

Ob Brunner bei seinem Handeln in diesem Augenblick wirklich an Politiker-Worte dachte, oder ob er nicht einfach nur als beherzter Mensch anderen Menschen in Not helfen wollte, muss dahingestellt bleiben. Gegen das Unbeteiligt-Sein wendet sich auch Michael Wolffsohn: „Das ist kein Appell, wegzuschauen und nichts zu unternehmen. Um Himmels willen. Ganz im Gegenteil: Ich appelliere dafür, besonders genau hinzuschauen. Aber ich bin dagegen, total falsch zu verstehende und falsch verstandene ‚Zivilcourage‘ an den Tag zu legen.“ Doch wann soll der Bürger selbst eingreifen und einem bedrohten anderen Bürger helfen, wann soll er die Polizei rufen – wann hat er die Zeit dazu – und wann sich nicht selbst in Gefahr bringen? Die Grenzziehung zwischen beiden Fällen bleibt schwierig und der konkreten Situation vorbehalten.

Und die Lage der Polizei selbst? Michael Wolffsohn schreibt: „Die Polizei kann nicht überall sein. Die Polizei ist überfordert und unterfinanziert“. Doch was dann? Der Autor fordert: „Die Bürger sollen den Staat wieder dazu verpflichten, seine Pflicht zu erfüllen: die Bürger zu schützen“. Wie soll der Bürger dies aber tun?

Michael Wolffsohn spricht von der „Zivilität“ – bei ihm definiert als „Werte-Gemeinschaft“ – anstelle von „Zivilcourage“. In der Werte-Gemeinschaft geht es um „die Durchsetzung der Regeln“, d. h. der Gesetze, die Ausfluss einer gemeinsamen Werteorientierung sind. Und um dies zu gewährleisten, braucht der Staat sein „Gewaltmonopol“. Das ist vernünftig. Weiter gedacht muss man

feststellen: Zwischen dem Bürger und dem Staat stehen die Parteien, die dies dann konkret „an der Regierung“ umsetzen können – auf Länderebene in diesem Falle. Und hier beginnen schon die Schwierigkeiten. In Bayern spricht sich die CSU in ihrem Parteiprogramm für mehr Polizei aus und Innenminister Herrmann verweist mit Stolz darauf, dass im Freistaat seit 2007 das Polizeipersonal um 10% aufgestockt wurde. Doch was macht der Bürger außerhalb Bayerns? Soll er das demokratische Parteienspektrum verlassen und AfD wählen? Das Problem ist eine neoliberale Agenda, die den Staat seit geraumer Zeit in all seinen Funktionen zersetzt. Doch das Thema der Inneren Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung nimmt immer größeren Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Der Bürger wird seinen Staat nicht aus der Verantwortung entlassen – nicht in Europa.

**PD DR. HABIL. PETER L. MÜNCH-HEUBNER,
UNIVERSITÄT AUGSBURG**